

94.5124

**Frage Goll**  
**Prüfungsergebnisse der Rekruten**

**Question Goll**  
**Tests dans les écoles de recrues. Résultats**

*Wortlaut der Frage vom 6. Juni 1994*

«Je berufstätiger die Mütter, desto dümmere die Söhne» – zu diesem hochwissenschaftlichen Schluss kommt die Schweizerische Rekrutenprüfung. Kann aus dieser Untersuchung geschlossen werden, dass die Mütter von Entscheidungsträgern in Wissenschaft, Militär, Wirtschaft und Politik grossmehrheitlich berufstätig waren?

Teilt der Bundesrat die Schlussfolgerung über den Zusammenhang zwischen Frauenberufstätigkeit und Rekrutenintelligenz?

Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, um solche frauenfeindlichen Untersuchungen künftig zu verhindern?

*Texte de la question du 6 juin 1994*

«Plus les mères travaillent, plus les fils sont bêtes» – voilà la conclusion hautement scientifique à laquelle parvient le test dans les écoles de recrues. Est-on autorisé à déduire de cette étude que les mères des pontes de la science, de l'armée, de l'économie et de la politique travaillaient pour la plupart?

Le Conseil fédéral se range-t-il à ces conclusions concernant le rapport entre l'activité professionnelle des femmes et l'intelligence des recrues?

Que pense-t-il faire pour empêcher à l'avenir ce genre d'études misogynes?

94.5125

**Frage von Felten**  
**Rekrutenprüfung**

**Question von Felten**  
**Tests dans les écoles de recrues. Résultats**

*Wortlaut der Frage vom 6. Juni 1994*

Die Studie zur Schweizerischen Rekrutenprüfung kommt zum Schluss, wonach die Intelligenz der Söhne sich zur beruflichen Position der Mütter umgekehrt proportional verhält. Um die Aussagekraft dieses Ergebnisses beurteilen zu können, sind Angaben über die berufliche Situation der Autorenmütter notwendig. Hat der Bundesrat diesbezügliche Kenntnisse?

Ist der Bundesrat bereit, dafür zu sorgen, dass Untersuchungen, die dem wissenschaftlichen Mindeststandard nicht genügen, künftig nicht mehr in dieser Form veröffentlicht werden?

*Texte de la question du 6 juin 1994*

L'étude sur les tests effectués dans les écoles de recrues parvient à la conclusion que l'intelligence des hommes est inversement proportionnelle à la position professionnelle de leur mère. Pour juger de la validité de cette étude, il nous semble indispensable d'avoir des indications sur la situation professionnelle des mères de ses auteurs. Le Conseil fédéral a-t-il des renseignements à ce sujet?

Le Conseil fédéral fera-t-il en sorte que les études qui ne satisfont pas à un standard minimum de scientificité ne soient plus publiées sous cette forme?

*Schriftliche Antwort des Bundesrates*

zu den Fragen 94.5123, 94.5124 und 94.5125

Gemäss Artikel 118 des Bundesgesetzes über die Militärorganisation werden in den Rekrutenschulen Pädagogische Re-

krutenprüfungen durchgeführt. Diese haben im Interesse des Bildungswesens Aufschluss über den Stand der Information und Ausbildung der dienstpflichtigen männlichen Jugend zu geben und im langfristigen Vergleich einen allfälligen Wertewandel aufzuzeigen. Sie schaffen damit wissenschaftlich gesicherte Grundlagen für die Weiterentwicklung von Bildung und Unterricht. Für die weiblichen Mitbürgerinnen besteht die Möglichkeit einer solchen Befragung leider nicht.

Die Pädagogischen Rekrutenprüfungen werden von einer vom EMD völlig unabhängigen Expertenorganisation durchgeführt. Die Ergebnisse werden von wissenschaftlichen Forschungsstellen ausgewertet und jährlich publiziert. Das EMD ist nur insofern an den Prüfungen beteiligt, als es mit den Rekruten die zu Befragenden zur Verfügung stellt.

Der Bundesrat hat sich zur Veröffentlichung der Prüfungsergebnisse nicht zu äussern. Bildungspolitische Untersuchungen unterliegen keiner Zensur. Es ist Sache der beteiligten Forschungsstellen und insbesondere der Autoren des Berichts, sich mit der in Ihrem Rat geäusserten Kritik auseinanderzusetzen.

91.032

**StGB und MStG. Strafbare Handlungen gegen das Vermögen und Urkundenfälschungen**  
**CP et CPM. Infractions contre le patrimoine et faux dans les titres**

*Differenzen – Divergences*

Siehe Seite 329 hiervor – Voir page 329 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 31. Mai 1994

Décision du Conseil des Etats du 31 mai 1994

**A. Schweizerisches Strafgesetzbuch. Militärstrafgesetz (Strafbare Handlungen gegen das Vermögen und Urkundenfälschungen)**

**A. Code pénal suisse. Code pénal militaire (Infractions contre le patrimoine et faux dans les titres)**

**Fischer-Sursee Theo (C, LU),** Berichterstatter: Es bestehen zum Ständerat noch zwei grundsätzliche Differenzen, nämlich in Ziffer I Artikel 149 (Zechprellerei), Artikel 156 (Erpressung) und Artikel 251 (Urkundenfälschung).

Bei Artikel 149, Zechprellerei, schlägt Ihnen unsere Kommission mit 7 zu 6 Stimmen vor, dem Ständerat zu folgen; das heisst, die Zechprellerei nicht bloss als Übertretung, sondern als Vergehen zu qualifizieren. Der Unrechtsgehalt und die doch beachtliche Verbreitung dieses Tatbestandes vor allem in unserem Tourismusegebiet, häufig auch begangen durch internationale Delinquenten, rechtfertigen dies.

Bei Artikel 156, Erpressung, halten wir hingegen an unserem Beschluss und somit an der Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates fest. Im Unterschied dazu hat der Ständerat als weitere Tatbestandsvoraussetzung noch beigefügt: «... oder wer durch Verabreichen von Betäubungsmitteln den gleichen Zweck anstrebt...». Dabei ist mit Zweck wohl die Erpressung gemeint. Dieser Zusatz ist nicht erforderlich; im Gegenteil, er schafft mehr Unklarheit als Klarheit und wirft mehr Fragen auf, als er beantwortet. Sind nur Betäubungsmittel gemäss Betäubungsmittelgesetz gemeint, oder auch Alkoholika?

Im Auftrage und Namen der Kommission halte ich hier zuhanden der Materialien ausdrücklich fest, dass die Verabreichung von Drogen, in der Absicht, jemanden dadurch zum Widerstand unfähig zu machen und ihn so zu einem vermögensschädigenden Verhalten zu bestimmen, durch den Grundtatbestand abgedeckt beziehungsweise in ihm enthalten ist. Das fällt unter den Gewaltbegriff, wie das Bundesgericht schon

entschieden hat. Der Täter macht sich somit nach Artikel 156 strafbar, ohne dass die Verabreichung von Betäubungsmitteln noch speziell erwähnt werden muss. Das Betäuben kann zudem als gewalttätiges Handeln qualifiziert werden und fällt dann unter die Strafbestimmung nach Ziffer 3 von Artikel 156. Die namentliche Erwähnung der Verabreichung von Betäubungsmitteln ist daher unnötig. Wir beantragen Ihnen daher Festhalten an unserem Beschluss.

Zu Artikel 251, Urkundenfälschung: Hier haben wir die gewichtigste Differenz zum Ständerat. Dieser möchte am geltenden Recht festhalten, wie es ursprünglich auch der Bundesrat vorgeschlagen hat, und die sogenannte private Falschbeurkundung unter Strafe stellen. Demgegenüber hatten wir beschlossen, die Bestrafung der privaten Falschbeurkundung aufzuheben. Eine knappe Kommissionsmehrheit empfiehlt Ihnen mit 7 zu 6 Stimmen, an unserem Beschluss festzuhalten und somit die Differenz zum Ständerat bestehen zu lassen. Die Entscheidung darüber wird für uns noch etwas erschwert, da die Rechtsgelehrten darüber selber uneins sind. Ich muss Ihnen das vielleicht noch einmal kurz ausführen.

Im Bereiche der Urkunden unterscheidet man zwischen Urkundenfälschung und der materiellen Falschbeurkundung. Urkundenfälschung liegt vor, wenn eine schon erstellte Urkunde abgeändert wird, zum Beispiel eine Zahl verändert wird. Dieser Tatbestand ist und bleibt strafbar. Dagegen bietet die private Falschbeurkundung ein Problem. Eine private Falschbeurkundung nimmt vor, wer in eine Urkunde, also in ein Schriftstück etwas hineinschreibt, das materiell nicht wahr ist. Im Strafrecht gilt grundsätzlich, dass eine schriftliche Lüge nicht bestraft werden soll. Strafbar ist aber eine solche schriftliche Lüge, wenn sie in einer Urkunde niedergelegt wird, in einem Schriftstück, das eine besondere Beweiseignung hat und dem eine erhöhte Glaubwürdigkeit zukommt. Die Frage jedoch, welche Dokumente eine erhöhte Glaubwürdigkeit haben und welche nicht, war in der Praxis umstritten und hat seit jeher Schwierigkeiten bereitet. Das ist die Crux des geltenden Rechts. Das Bundesgericht hat zwar in einer jahrelangen, differenzierten Rechtsprechung und kürzlich in einem neuen Entscheid eine Abgrenzung entwickelt. Mit dieser Abgrenzung kann man an sich leben. Absolute Klarheit herrscht aber nach Auffassung der Kommissionsmehrheit nicht.

Daher – und aus Gründen der Rechtssicherheit – hat die Mehrheit der Kommission für Straffreiheit der privaten Falschbeurkundung entschieden. Sie folgt damit auch der Auffassung der Praktiker und von Strafrechtsprofessor Stratenwerth. Es geht also darum, die private, schriftliche Lüge zu entkriminalisieren. Der Ständerat und die Minderheit unserer Kommission vertreten demgegenüber die Auffassung, dass die Version des Ständerates eine bessere Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität ermögliche und daher politisch richtiger sei. Ganz von der Hand zu weisen ist diese Argumentation nicht. Immerhin ist die Wirtschaftskriminalität richtigerweise mit klaren gesetzlichen Grundlagen zu bekämpfen und nicht mit unklaren rechtlichen Begriffen.

Der Ständerat hat einstimmig an seinem Beschluss festgehalten. Neue Argumente sind weder im Ständerat noch in unserer Kommission vorgetragen worden. Beide beharren schlicht auf ihren Standpunkten. Sie haben darüber zu entscheiden, ob gegenüber dem bisher geltenden Recht die sogenannte private Falschbeurkundung künftig straffrei sein soll oder nicht. Im Namen der Kommissionsmehrheit empfehle ich Ihnen, an unserem Beschluss festzuhalten.

**Jeanprêtre** Francine (S, VD), rapporteur: C'est le troisième passage de ce projet de modification du Code pénal suisse devant votre Conseil. En ce qui concerne l'article 149, la filouterie d'auberge, votre commission s'est ralliée au Conseil des Etats par 7 voix contre 6.

Elle maintient, par contre, à l'unanimité, sa décision à l'article 156, extorsion et chantage, confirmant la divergence avec le Conseil des Etats qui, dans sa version, créerait, à notre avis, une confusion fâcheuse avec le brigandage.

A l'article 251, le faux dans les titres et, accessoirement, à l'article 251bis, le faux dans la comptabilité, la position est plus problématique dans la mesure où la minorité Leuba, qui a été

battue en commission par 6 voix contre 7, souhaite confirmer la décision du Conseil des Etats, rejoignant ainsi la version du Conseil fédéral.

Ainsi, à une bataille d'experts pourrait se substituer une bataille des Conseils. Si nous ne nous mettons pas d'accord, une conférence de conciliation devrait trancher, l'objet devant être impérativement traité durant cette session.

A l'article 251, une majorité s'est toujours dégagée dans notre Conseil – et la dernière fois, c'était à la session de mars, sur un score de 104 voix contre 50 – pour soutenir la proposition de la majorité. Nous faisons valoir les faits suivants: la doctrine est largement favorable à la suppression du faux intellectuel. Nous ne croyons pas au bien-fondé et à l'efficacité de cet article, car d'autres dispositions du code peuvent être invoquées, notamment celle sur l'escroquerie.

Le faux dans les titres ou le faux dans les titres privés est une spécialité purement helvétique, inconnue dans la plupart des pays qui nous entourent. Si la minorité Leuba avance, entre autres motifs, celui certes louable de la prévention criminelle et de l'avantage pratique que cette disposition présenterait, pour la majorité de la commission, la criminalité économique principalement visée par cette disposition est mieux combattue par l'application des autres dispositions du Code pénal suisse, sans que l'on recoure à celle-ci, dont les contours sont souvent peu précis.

Pour conclure, la majorité de la commission vous recommande enfin de confirmer votre précédent soutien à la majorité par le motif que la suppression du faux intellectuel permettrait aussi de mettre fin à une jurisprudence du Tribunal fédéral qui est très flottante. Il est clair que les décisions que vous êtes appelés à prendre seront aussi applicables et valables, par analogie, pour le Code pénal militaire.

**Ziff. I Art. 149; II Art. 136**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Ch. I art. 149; II art. 136**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. I Art. 156 Ziff. 1; II Art. 137a Ziff. 1**

*Antrag der Kommission*

Festhalten

**Ch. I art. 156 ch. 1; II art. 137a ch. 1**

*Proposition de la commission*

Maintenir

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. I Art. 251 Ziff. 1, 251bis; II Art. 172 Ziff. 1, 172bis**

*Antrag der Kommission*

*Mehrheit*

Festhalten

*Minderheit*

(Leuba, Bircher Peter, Camponovo, Dünki, Fischer-Sursee, Vetterli)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Ch. I art. 251 ch. 1, 251bis; II art. 172 ch. 1, 172bis**

*Proposition de la commission*

*Majorité*

Maintenir

*Minorité*

(Leuba, Bircher Peter, Camponovo, Dünki, Fischer-Sursee, Vetterli)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Leuba** Jean-François (L, VD), porte-parole de la minorité: La question qui se pose ici, ainsi que l'ont rappelé les rapporteurs, est celle du faux intellectuel ou du faux privé. Je rappelle que la commission s'est prononcée par 7 voix contre 6, c'est-

à-dire avec une courte majorité en faveur du maintien de la divergence. Je représente ici la minorité qui souhaite que nous nous rallions au projet du Conseil fédéral et à la décision du Conseil des Etats.

Il s'agit indiscutablement d'une bataille de professeurs, et j'imagine qu'il est difficile de trancher pour des non-juristes, et même pour des juristes qui n'ont pas le bonheur suprême d'être eux-mêmes professeurs. Et pourtant, c'est notre tâche de trancher ce problème, même s'il est extraordinairement difficile et juridique.

Par deux fois, notre Chambre a contesté le faux intellectuel, et par deux fois le Conseil des Etats l'a maintenu, sans discussion d'ailleurs et à l'unanimité.

Vous me permettez d'énoncer ici trois arguments. Le premier, pour essayer de rendre concret le problème, est tiré du dernier arrêt du Tribunal fédéral. Il s'agissait du cas suivant: un entrepreneur présente à son client une facture de 210 000 francs alors que les travaux effectués ne représentent en réalité que 70 000 francs. L'architecte mandaté par le client pour contrôler la facture vise la facture et signe le bon à payer. La question qui se pose est la suivante: faut-il condamner cet architecte pour faux dans les titres? Non, répond la majorité de la commission, car on peut attraper l'architecte par les dispositions de complicité d'escroquerie. Oui, dit la minorité, car cet architecte a fait – je crois que tout le monde sera d'accord – une gueuserie, intellectuelle peut-être, mais une gueuserie tout de même, et il n'y a pas besoin d'aller rechercher si c'est de la complicité d'escroquerie, de la complicité d'abus de confiance, ou tout autre délit.

La minorité souhaite punir l'architecte pour lui-même, pour ce qu'il a fait, à savoir attester comme étant correcte une facture qui ne l'était pas. La majorité de la commission vous dit que c'est inutile, car il y a un délit qui va entrer en conflit avec d'autres délits, l'escroquerie par exemple. Ce n'est pas vrai dans tous les cas. Il y a des hypothèses où l'auteur principal, l'auteur de l'escroquerie, ne peut pas être puni. Par exemple, parce que, dans le cas particulier, le droit étranger ne punirait pas ce genre d'escroquerie, ou bien parce que l'escroquerie serait, elle, prescrite et qu'il n'y aurait plus qu'une complicité d'escroquerie de la part de l'architecte, et par conséquent non-punissabilité de ce dernier, même si ce délit-là, en droit suisse, n'est pas prescrit.

Le fait d'attester faussement un fait ayant une portée juridique est un faux, nous ne voulons pas en démordre, et nous vous prions donc de suivre la minorité sur ce point.

Deuxième argument, la majorité fait valoir que le faux privé est une spécialité helvétique et qu'il est difficile de distinguer le faux privé du mensonge écrit. Mais est-il utile, dans les affaires de tous les jours, de faire cette distinction? Car, enfin, souhaitons-nous protéger même le simple mensonge écrit? Je crois que la réponse est non, évidemment, et dans ces conditions laissons les juristes faire les distinctions nécessaires entre le mensonge écrit et le faux privé dans la vie de tous les jours. Celui qui fait une fausse affirmation par écrit doit être puni, même si, juridiquement, il est clair que le mensonge écrit ne tombe pas sous le coup de la loi pénale.

Enfin, dernier argument, nous croyons fermement que le Conseil des Etats pourra se rallier à notre décision à l'article 156 dont nous avons parlé tout à l'heure. En effet, à cet article, le Conseil des Etats réagit émotionnellement, et non pas en vertu des dispositions très claires du projet du Conseil fédéral approuvé par notre Chambre. Si nous voulons ajouter des chances pour que le Conseil des Etats se rallie à notre décision sur cet article 156, nous devons faire, nous, un pas en direction du Conseil des Etats. Je vous propose de le faire aux articles 251 et 251bis. Je crois que, véritablement, nous créons non pas moins de clarté, comme le dit la majorité, mais bien davantage de clarté dans notre ordre juridique.

**Le président:** Le groupe écologiste communique qu'il soutiendra la version de la majorité aux articles 251 et 251bis.

**Dünki Max (U, ZH):** Ich spreche im Namen der LdU/EVP-Fraktion. Meine Meinung zu Artikel 251 und 251bis kennen Sie ja zur Genüge. Ich habe in diesem Rat zweimal die Minderheits-

anträge vertreten und damals leider verloren. Wie Sie wissen, geht es um einen Expertenstreit. Man kann mit gutem Recht der einen oder anderen Meinung sein, das heisst Professor Stratenwerth oder Professor Schmid folgen. Ich verschone Sie hier mit materiellen Überlegungen, rufe Sie jedoch zur Vernunft auf, denn wir stehen vor der Einigungsverhandlung. Eine Seite muss doch nachgeben. Es hat doch jetzt keinen Sinn, gegen den einstimmigen Ständerat anzutreten. Wir in diesem Rat sind gespalten, der Ständerat ist einstimmig. Jetzt müssen wir doch nachgeben. Es geht bei diesen Artikeln nicht um Leben und Tod, es geht um die Sachfrage der privaten Falschbeurkundung.

Herr Bundesrat Koller sagt zu Recht, er könne mit beiden Lösungen leben. Wenn wir hier stur bleiben, nehmen wir in Kauf, dass wir etwas sehr Wichtiges, die Bestrafung der Computerdelikte, gefährden. Als Laie nenne ich dies eine fahrlässige Handlung. Der Ständerat lässt sich mit aller Bestimmtheit nicht erpressen.

Doch noch etwas Materielles: Private Falschbeurkundung, das gebe ich zu, kann dem Richter Probleme aufgeben. Es kann ihm aber auch die Möglichkeit geben, bei Wirtschaftskriminalität einzuschreiten. Fehlt die gesetzliche Möglichkeit, sind dem Richter die Hände gebunden. Besser ist, eine Bestimmung zuviel als eine zuwenig zu haben. Wer ein Interesse hat, die Wirtschaftskriminalität wirksam zu bekämpfen, muss in dieser Frage dem Bundesrat, dem einstimmigen Ständerat und der Kommissionsminderheit folgen. Als kleiner Parlamentarier, der nicht zur «Drehscheibe der Nation» gehört, bitte ich Sie eindringlich, hier Vernunft walten zu lassen und dem Ständerat zuzustimmen.

Realpolitik heisst doch: Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Ich danke Ihnen, wenn Sie mir Gefolgschaft leisten.

**Tschäppät Alexander (S, BE):** Ich hoffe, Max Dünki kann für einmal noch auf diese «Drehscheibe» aufsteigen und seine Meinung ändern. Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, unbedingt an der nationalrätlichen Fassung festzuhalten. Ich erlaube mir, das noch ganz kurz zu begründen. Artikel 251 ist nichts anderes als ein gesetzgeberischer Fehlgriff. Entsprechend gross sind denn auch die Schwierigkeiten, wie in der Praxis mit diesem gesetzgeberischen Fehlgriff umzugehen sei. Professor Schultz hat einmal in einer Vorlesung gesagt, wenn man Gesetze so formuliere, wäre die Definition der Urkunde: «Eine Urkunde ist Zufall.» Das wollen wir nicht mehr, eine Justiz, die sich an Zufälligkeiten misst! Ich lade Sie herzlich ein, nachzuschauen, welche Entscheide es zu Artikel 251, zur privaten Falschbeurkundung gibt: Es gibt nichts, was Sie nicht als Urkunde – oder im Gegenzug als Nichturkunde – finden können. Die Schweiz ist hier erneut ein Einzelfall. Einmal mehr hat die Schweiz das Gefühl, etwas besonderes zu sein, auch in bezug auf die Legiferierung. Unsere Nachbarstaaten kennen diese Formulierung der privaten Falschbeurkundung nicht. Und sie können sehr wohl auch Rechtsstaaten sein, sie können sehr wohl ihre Interessen auch im rechtlichen Bereich durchsetzen. Es wurde immer wieder argumentiert, der Artikel sei in dieser Formulierung zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität nötig. Solches zu tun ist nicht stichhaltig, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Es gibt gesetzgeberisch bessere und griffigere Mittel, um die Wirtschaftskriminalität zu bekämpfen.
2. Das Ausland kann Wirtschaftskriminalität auch bekämpfen, ohne eine solche Formulierung zu kennen.
3. Die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität ist nicht darin zu sehen, dass man interpretationsbedürftige Rechtsbegriffe formuliert oder im Gesetz beibehält.

Wenn wir die Wirtschaftskriminalität ernsthaft bekämpfen wollen, dann müssen wir die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen, dann müssen wir die entsprechende Bereitschaft kundtun. Artikel 251 in einer falschen Formulierung stehenzulassen und dann zu behaupten, das sei nun ein probates Mittel, der Wirtschaftskriminalität Einhalt zu gebieten, ist ein Lippenbekenntnis – nicht mehr und nicht weniger – und dient sicher nicht dazu, unseren Rechtsstaat und die Rechtssicherheit in diesem Land zu verstärken!

Ich bin mir bewusst: Wenn Sie festhalten, dann riskieren wir, dass die Differenz zum Ständerat bestehen bleibt. Das ist aber kein Problem. Differenzen sind dazu da, dass man sie ausräumt. Die Einigungskonferenz soll dann versuchen, einen Ausweg zu finden, mit dem alle leben können. Ich bitte Sie dringend, hier festzuhalten. Auch wenn der Ständerat einstimmig anderer Meinung ist, so will das nicht heissen, dass er immer auch recht behalten muss.

Als Praktiker bitte ich Sie: Halten Sie an unserer Variante fest!

**Le président:** Le groupe démocrate-chrétien communique qu'il soutiendra la minorité.

**Koller Arnold, Bundesrat:** Sie befinden sich beim Vermögensstrafrecht in der letzten Runde der Differenzbereinigung. Wenn es nicht gelingt, diese Differenzen zu bereinigen, muss eine Einigungskonferenz einberufen werden.

Sie haben bei der Erpressung (Art. 156) mit gutem Grund an Ihrer Fassung und der des Bundesrates festgehalten, weil die neue Formulierung des Ständerates tatsächlich mehr neue Fragen aufwirft als alte löst. Um so dringender bitte ich Sie, hier bei den Artikeln 251 und 251bis der Minderheit Ihrer Kommission, dem Bundesrat und dem Ständerat zuzustimmen. Gewiss lassen sich für beide Standpunkte gute Argumente vortragen, aber der ganze Kampf war von Anfang an durch einen Expertenstreit belastet, der bis heute nicht entschieden ist. Es zeigt sich von vornherein, dass auch eine Einigungskonferenz uns nicht weiterbringen wird, weil diese Streitfrage längst zu einer Glaubensfrage geworden ist. Für den Bundesrat ist entscheidend, dass uns vor allem die Strafrechtspraktiker glaubwürdig sagen, dass man bei Aufgabe der Strafbarkeit der privaten Falschbeurkundung ein wichtiges Mittel in der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität verlieren würde. Das können wir uns heute, wo wir uns auf allen anderen Gebieten um eine effiziente Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität bemühen, nicht leisten. Die private Falschbeurkundung ist nach diesen Praktikern oftmals der erste und – für eine gewisse Zeit – der einzige Anknüpfungspunkt, um gegen die vielschichtigen, verzweigten und teilweise gut getarnten Machenschaften von Wirtschaftskriminellen rechtlich vorgehen zu können.

Die Bedenken in bezug auf den Bestimmtheitsgrundsatz, die Herr Tschäppät Alexander vorgetragen hat, mögen vor einiger Zeit noch berechtigter gewesen sein. Aber in der Zwischenzeit hat das Bundesgericht mit einer zunehmend differenzierten und einschränkenden Rechtsprechung zu diesen Fragen klar Stellung genommen und damit die rechtsstaatlichen Bedenken weitgehend beseitigt. Ich verweise noch einmal auf den bereits genannten Entscheid BGE 119 IV 54. Falls Sie dem Ständerat und dem Bundesrat zustimmen, nehmen Sie damit nicht das Risiko uferloser Strafbarkeit in Kauf.

Aus all diesen Gründen und um dieses wichtige neue Vermögensstrafrecht in dieser Session noch verabschieden zu können, bitte ich Sie, dem Ständerat, dem Bundesrat und der Minderheit Ihrer Kommission zuzustimmen.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit	87 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	76 Stimmen

#### An den Ständerat – Au Conseil des Etats

94.410

### Parlamentarische Initiative (WAK-NR)

### Bundesbeschluss über die Fortführung des Bundesbeschlusses vom 6. Oktober 1978

### über Finanzierungsbeihilfen zugunsten wirtschaftlich bedrohter Regionen

### Initiative parlementaire (CER-CN)

### Arrêté fédéral concernant la reconduction de l'arrêté fédéral du 6 octobre 1978

### instituant une aide financière en faveur des régions dont l'économie est menacée

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 832 hiervor – Voir page 832 ci-devant

**Le président:** Je souhaite un excellent anniversaire à M. Borradori qui a sa fête aujourd'hui. Bon anniversaire, cher collègue! (*Applaudissements*)

**David Eugen (C, SG), Berichterstatter:** Die Diskussion vom Donnerstag hat gezeigt, dass die parlamentarische Initiative der Kommission in diesem Rate auf eine recht breite Zustimmung stösst. Insbesondere wurde deutlich, dass im Plenum – wie bereits in der Kommission – kein längerer Unterbruch in der Regionalpolitik akzeptiert wird. Zu vermerken ist weiter, dass FDP und SVP, die im Vernehmlassungsverfahren grundsätzlich gegen die Fortführung des Beschlusses eingetreten sind, diesem Beschluss gegenüber hier im Plenum mehrheitlich doch positiv eingestellt waren.

Ich möchte auf einige Argumente von Herrn Kollege Stucky, der als Vertreter der Kommissionsminderheit Nichteintreten beantragt hat, kurz eingehen. Herr Stucky ist Vertreter des Kantons Zug, und ich billige ihm zu, dass aus Sicht des Kantons Zug eine Regionalpolitik unnütz sein mag. Das Pro-Kopf-Einkommen im Kanton Zug ist mit 75 000 Franken mehr als doppelt so hoch wie beispielsweise im Kanton Jura mit 32 000 Franken. Dazu kommt, dass im Kanton Jura die Steuerbelastung doppelt so hoch ist wie im Kanton Zug. Die regionalen Einkommens- und Steuerunterschiede in der Schweiz sind massiv, und die Statistik belegt, dass sich diese Unterschiede nicht verringern, im Gegenteil: Die Schere öffnet sich weiter.

Die Diskussion, die wir am Donnerstag geführt haben, bestätigt, dass dies weitesten Kreisen dieses Landes auch immer mehr bewusst wird. Die Betrachtungsweise, die vielleicht für den Kanton Zug gilt, gilt nicht für die Schweiz.

Herr Stucky hat vier Gründe genannt, die für das Nichteintreten sprechen sollen, und Herr Jaeger hat ihn in einzelnen Punkten unterstützt. Darauf ist kurz einzugehen: Herr Stucky hat die Ordnungspolitik, das Steuerrecht, die Finanzpolitik und die Regionalpolitik als Gesichtspunkte erwähnt, die gegen die Position der Kommissionsmehrheit sprechen.

Zur Ordnungspolitik: Der Rahmen der Ordnungspolitik in unserem Lande wird durch die Bundesverfassung abgesteckt. Artikel 31bis Absatz 3 Buchstabe c der Bundesverfassung sieht ausdrücklich vor, dass der Bund befugt ist, «zum Schutze wirtschaftlich bedrohter Landesteile» Massnahmen zu treffen. Es handelt sich um eine klare Ermächtigung der Verfassung, also des Volkes, zu einer regionalen Strukturpolitik. Dazu kommt ein ausdrücklicher Auftrag, namentlich in Zeiten der Arbeitslosigkeit, in Artikel 31quinquies Absätze 1 und 4 der Bundesverfassung: Der Bund soll die Arbeitslosigkeit unter Berücksichtigung der regionalen Entwicklungen in den einzelnen Gebieten unseres Landes bekämpfen. Wir bewegen uns

## **StGB und MStG. Strafbare Handlungen gegen das Vermögen und Urkundenfälschungen**

### **CP et CPM. Infractions contre le patrimoine et faux dans les titres**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	91.032
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.06.1994 - 14:30
Date	
Data	
Seite	869-872
Page	
Pagina	
Ref. No	20 024 100

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.